HAUPTSTADT

Am besten ohne Fenster

Die Amerikaner wollen eine neue Botschaft bauen und verlangen, daß zwei Straßen verlegt werden. Dem Berliner Senat gehen die Sonderwünsche der ehemaligen Schutzmacht zu weit.

Den Pariser Platz am Brandenburger Tor nennen die Berliner gern die „gute Stube der Stadt“. Rund ums Karree ballen sich neue Banken- und Büropaläste in alter Traufhöhe, dort stehen eine vergrößerte Kopie des legendären Hotel Adlon, drei Palais und bald wieder die französische Botschaft. Hinter Glas und Stahl wachsen die restaurierten Ateliers der Akademie der Künste.

Bauherren und Besucher haben den Platz zurückerobert, das allesverbindende Brandenburger Tor ist Symbol der Einheit geworden.

Nur an einer Ecke, auf einer 6500 Quadratmeter großen Brachfläche, scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Das Grundstück Pariser Platz 2 ist mit Baucontainern, Blechrohren und Kabelrollen zugemüllt. Die winzige Messingtafel, die seit sechs Jahren von alter und neuer Nutzung dieses Areals kündet, ist kaum noch zu entdecken: „Der einstige und zukünftige Sitz der Amerikanischen Botschaft in Berlin“ ist darauf zu lesen.

Den Neubau hat das kalifornische Architektenbüro Moore/Ruble/Yudell entworfen. Darin will die frühere West-Berliner Schutzmacht eigentlich demnächst angemessen residieren. Das Projekt zieht sich jedoch dahin. Zuerst hatte die einzig verbliebene Weltmacht kein Geld, und jetzt, da sie bauen will, stoßen ihre Sonderwünsche auf den Einspruch des Berliner Senats und auf Abwehr in Bonn.

DPA

US-Botschafter Kornblum
„Der Verkehr muß weg“

Die Botschaft müsse vor terroristischen Anschlägen beschützt werden, fordern die US-Unterhändler vom Berliner Senat. Deshalb dürfe künftig innerhalb der sogenannten Handgranatenwurfweite von 30 Metern rund um das Gelände am Pariser Platz kein Verkehr fließen.

Wenn diesem Verlangen entsprochen würde, müßten Poller aufgestellt und Passanten kontrolliert werden. Vor allem aber müßten zwei Straßen an der West- und Südkante der neuen Botschaft verlegt werden – zu Lasten des gerade wiederhergestellten Stadtbildes. Erheblich beeinträchtigt wären, so urteilt eine Expertise des Landeskriminalamts, der Tiergarten und das Terrain für das geplante Holocaust-Mahnmal gegenüber dem künftigen US-Domizil.

Ihr Ansinnen haben die Amerikaner intern ziemlich apodiktisch vorgetragen. Ein Senatsmitglied meint gekränkt und zornig zugleich: „Wir sind doch nicht im Wilden Westen.“

Nach ergebnislosen Verhandlungen auf Beamtenebene macht jetzt das amerikanische Außenministerium öffentlich Druck. „The traffic must go“ – „Der Verkehr muß weg“ –, zitierte das US-Magazin „Newsweek“ in der vergangenen Woche die Order von Außenministerin Madeleine Albright.

Die Deutschen sind verblüfft und leicht pikiert über den Ton des ehemaligen Souveräns über West-Berlin. Das Kanzleramt bemüht sich in Gesprächen mit dem amerikanischen Botschafter John Kornblum seit längerem um einen Kompromiß. Allerdings vermissen Schröders Leute bei den amerikanischen Bauherren ein Mindestmaß an Rücksicht auf die historisch gewachsene Symmetrie vor dem Brandenburger Tor, dem prominentesten Platz der Hauptstadt.

Altgediente Frontstadt-Berliner fühlen sich an „Schutzmacht-Attitüden“ erinnert. Bis zu ihrem Abzug als oberster Souverän bestimmten die USA vielfach den Alltag im Westteil.

Unter den rund 4000 alliierten Spezialvorschriften waren bis zum Mauerfall skurrile Dekrete wie das gegen Besitzer langer Küchenmesser oder gegen die Verbreitung „abfälliger Bemerkungen“ über Alliierte. Formal galt die Todesstrafe in West-Berlin, und jede Beförderung eines deutschen Polizisten vom Oberkommissar aufwärts bedurfte alliierter Genehmigung.

Amerika ist nicht mehr Besatzungsmacht, und die Berliner Verwaltung zeigt wenig Entgegenkommen. Über mögliche „enorme Schäden“ am historischen Stadtgrundriß erregt sich das Bezirksamt Tiergarten. Als „absolut unannehmbar“ kritisiert das Landesdenkmalamt in einem internen Vermerk den „fatalen Eingriff“ in das geschichtliche Halbrund vor dem Brandenburger Tor und den gerade erst instandgesetzten Tiergarten, „Deutschlands größtes und ältestes Gartendenkmal“.

Der stellvertretende Landeskonservator Klaus von Krosigk bemüht viele Superlative, um die amerikanischen Forderungen zu-

D. LAUBNER

Baugrundstück beim Brandenburger Tor: *„Wir sind doch nicht im Wilden Westen“*

rückzuweisen: „300 Jahre garten-, bau-, stadt- und staatsgeschichtlicher Entwicklung von höchster Bedeutung im Schatten des Brandenburger Tores würden in bisher einmaliger und absolut unangemessener Weise bedroht.“

Derart munitioniert, lehnte Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) eine „Abwertung des Brandenburger Tores und seiner Umgebung“ strikt ab. Fazit einer zweiseitigen Stellungnahme seines Ressorts: Im historischen Zentrum Berlins könnten die Sicherheitsauflagen „nicht umgesetzt werden“. Ähnlich hatte schon der Verkehrssenator Jürgen Klemann (CDU) argumentiert.

Forsch ließ Strieder, kurz darauf bestätigt durch ein Votum der SPD-Fraktion, seinen Staatssekretär Hans Stimmann in die Offensive gehen: Der Senat, so Stimmann in einem Schreiben an Kanzleichef Volker Kähne, müsse den Amerikanern „alternative Standorte vorschlagen“ und gleichzeitig über „eine angemessene Nachnutzung des jetzigen Botschaftsgeländes“ diskutieren.

Theoretisch könnten die Amerikaner auf dem Terrain ihres einstigen Hauptquartiers in Dahlem bauen. Darüber hatten sie schon im vorigen Jahr nachgedacht. Denn nach den Bombenattentaten von Nairobi und Daressalam im August überprüfte der US-Geheimdienst CIA auch das Sicherheitskonzept für die geplante Berliner Botschaft. Die Experten meinten, der Explosionsdruck einer Autobombe beispielsweise wäre so verheerend, daß Vorsorge am Bau selbst nicht ausreiche. Allenfalls ein Gebäude ohne Fenster könne relative Sicherheit gewährleisten.

Gegen die Absicht des State Department, den Berliner Standort zu wechseln, hatte Botschafter Kornblum interveniert. Er setzte sich bei Außenministerin Albright erfolgreich für die symbolträchtige Rückkehr der Vereinigten Staaten auf ihr Grundstück im alten und neuen Machtzentrum der Stadt ein; das hatten sie 1931 für neun Millionen Reichsmark erworben.

Kornblum hatte die Siegermacht 1985 bis 1987 als US-Gesandter in Berlin vertreten. Der Diplomat nimmt für sich in Anspruch, seinem Präsidenten Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor den berühmten Satz „Mr. Gorbachev, tear down this wall“ – „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder“ – diktiert zu haben.

Nach dem Fall der Mauer demonstrieren die Berliner jetzt – Freundschaft hin, Schutzmacht her – Selbstbewußtsein. Sollte Botschafter Kornblum beim in Kürze geplanten Vermittlungsgespräch auf seinen Forderungen bestehen, wollen sie hart bleiben. „Wenn sich nicht überraschend etwas bewegt“, sagt Senatskanzleichef Kähne, „werden wir womöglich viele Jahre mit einer Baulücke leben müssen.“

Wolfgang Bayer, Petra Bornhöft

DPA

Kölner Kardinal Meisner: *„Christ im Gegenwind“*

KIRCHE

Draußen vor der Tür

Die deutschen Bischöfe müssen Ende Februar entscheiden: Riskieren sie über die Abtreibung den Konflikt mit Rom oder den Krach mit den eigenen Gläubigen?

Wenn die deutschen Oberhirten sich im emsländischen Lingen Ende Februar versammeln, um zu entscheiden, ob sie ihrem Chef in Rom mehr gehorchen sollen als ihrem seelsorgerlichen Gewissen, haben die Bischöfe vor allem einen Mann zu fürchten – den Kölner Kardinal Joachim Meisner, den seine Feinde „die Faust des Papstes in Deutschland“ nennen.

Seit Wochen ist die rheinische Eminenz auf Konfrontationskurs nicht nur zu Staat und Gesellschaft, sondern auch zu Teilen ihrer eigenen Kirche. Seit Wochen wettert Meisner öffentlich und heftig gegen die Abtreibungspille. Er vergleicht Politiker mit Nazi-Mördern, sollten sie die Abtreibungspille „Mifegyne“ genehmigen, und setzt ungeniert seine Amtsbrüder unter Druck, endlich, wie von Johannes Paul II. schon vor Jahresfrist gefordert, Frauen in katholischen Beratungsstellen den für eine Abtreibung erforderlichen Beratungsschein nicht mehr auszustellen – und damit aus dem mühsam austarierten staatlichen Konzept zum Schwangerschaftsabbruch auszusteigen.

Vergangene Woche tagten die 27 Leiter der deutschen Diözesen – Bischöfe, Erzbischöfe und Kardinäle – im fränkischen Kloster Himmelspforten, um die Vollversammlung aller 78 Oberhirten, Weihbischöfe inklusive, vorzubereiten und in einer Art Probeabstimmung die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse unter den Oberen zu testen. Der Bischofskonferenzvorsitzende Karl Lehmann vermied jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung.

Die Herren debattierten über das Kompromißpapier einer Arbeitsgruppe, die von den Bischöfen im vergangenen Jahr eingesetzt wurde, um herauszufinden, wie die Oberhirten dem Verdikt des Papstes Genüge tun, zugleich aber weiterhin bedrängten Frauen helfen können.

Caritas und der Sozialdienst katholischer Frauen, welche die kirchlichen Beratungsstellen tragen, sowie das Zentralkomitee, oberstes Laiengremium der deutschen Katholiken, haben immer wieder vehement an die Bischöfe appelliert, im staatlichen Beratungssystem zu bleiben.

Auch die Mehrheit der Geistlichen selbst will aus pastoralen Gründen dabeisein.

130 000 Abtreibungen

werden jährlich legal in Deutschland vorgenommen. Die Zahl stagniert. Frauen, die ihre Schwangerschaft innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei abbrechen lassen, brauchen zur Vorlage beim Arzt einen „Nachweis“, einen Schein, der bestätigt, daß sie an einer „Beratung nach Paragraph 219 StGB“ zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ teilgenommen haben.

Auch die katholische Kirche beteiligt sich an der staatlich geregelten Konfliktberatung. Die zum größten Teil von der Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen getragenen 270 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen betreuen jährlich insgesamt etwa 115 000 Frauen, darunter auch viele muslimische. Die meisten werdenden Mütter suchen jedoch lediglich Rat und Hilfe, etwa bei Woh-